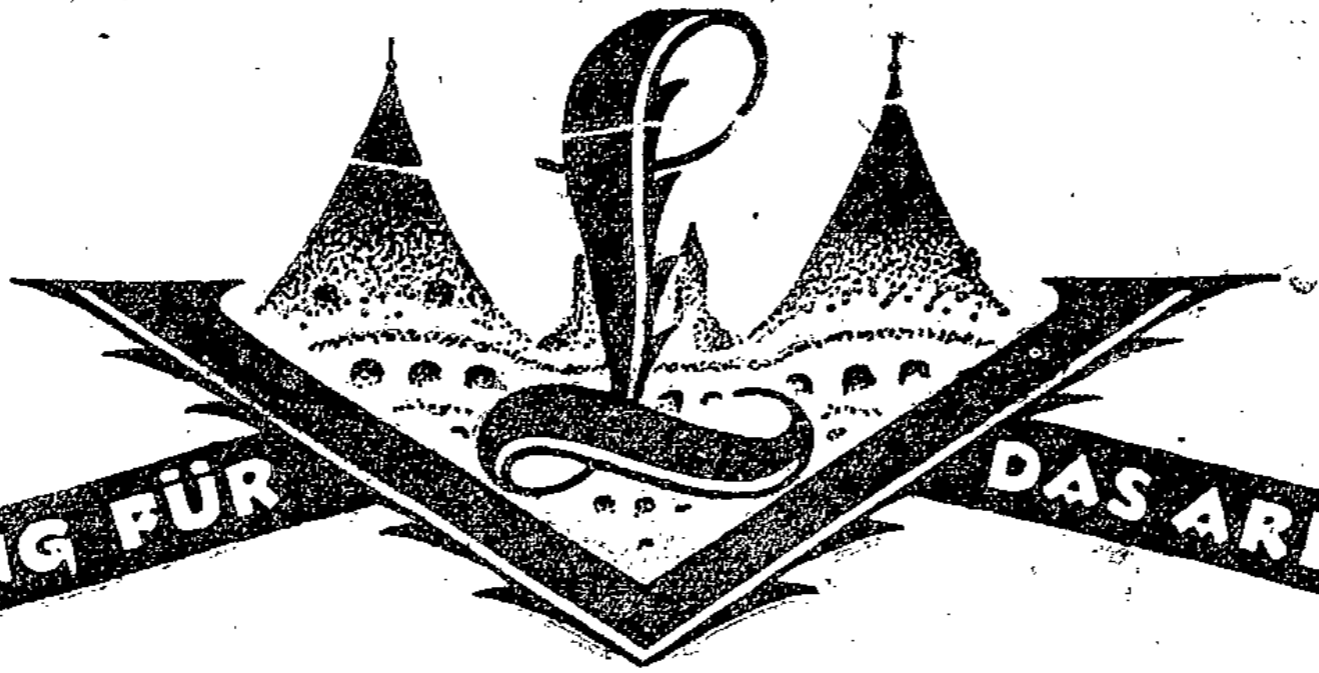


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfretins Haus monatlich 80 Mk., Einzelverkaufspreis 4,00 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtzeilige Bestizzeile oder deren Raum 12,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 Mark, Reklamen 45,00 Mark. Beilagengebühr 1000 Stck. 225 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



Lübecker Volksbote

Nummer 225.

Dienstag, 26. September 1922.

29. Jahrgang.

Die gärende Wissenschaft.

Von der Fünfzigjahrfeier des Vereins für Sozialpolitik in Eisenach.

Von Max Quard - Frankfurt (Main)

Wie alles in Deutschland und der Welt, so ist in unseren Tagen auch die Wissenschaft und vor allem die nationalökonomische und staatswirtschaftliche Wissenschaft von einer tiefgehenden Gärung erfüllt. Wie mächtig diese innere Bewegung wirkt, das offenbart die nunmehr beendete Fünfzigjahrfeier des Deutschen Vereins für Sozialpolitik. Aus einer Jubelfeier wurde sie zu einer höchst bemerkenswerten Auseinandersetzung zwischen stark entgegengesetzten Stimmungen, die diese alte Vereinigung akademischer und praktischer Sozialpolitiker beeinflusst und um Geltung in ihr kämpfen. Zwar hat sich der Verein für Sozialpolitik auch in der Vergangenheit niemals allzu einseitig und ausschlaggebend festgelegt und daran festgehalten, daß in ihm jede sachlich begründete Anschauung vorgetragen und propagiert werden konnte, die radikalste wie die konservativste. Der Schöpfer des „Hohenzollernstudenten“, der ganz preussische Professor Schmoller, hat dort mit dem sozial linksstehenden Bücher-Verleger und dem freihändlerischen Vorkämpfer der englischen Gewerkschaften alter Richtung mit Lujo Brentano ebenso zusammengearbeitet, wie diese mit dem unerbittlichen und unbestechlichen Agrarhistoriker Knapp-Strasburg. Und diese vorbehaltlose Mischung war und ist heute noch die Stärke des Vereins. Aber sie setzte bisher doch ein Gemeinsames voraus: daß niemand in ihm wirkte, der Gegner der Sozialpolitik sei. In den Festreden, die zur jetzigen Feier erschienen, drückt dies eines der ältesten Mitglieder, und gerade ein sehr gemäßigtes, Wolf-Weigand, so aus: „eine gewisse Sympathie mit den bisher vielfach unbeachteten Arbeiterinteressen und ein gewisses Mißtrauen gegen die entpotzende Uebermacht des heimgelähmten Kapitals“ habe schon bei der Gründung im Krisenjahre 1872 Pate gestanden.

Das ist durchaus richtig. Der Verein für Sozialpolitik ist für Deutschland und darüber hinaus bisher der maßvolle, aber grundsätzlich auf der Seite der Schwachen und Bedrückten stehende wissenschaftliche Vorkämpfer der Sozialpolitik gewesen. Er hat gegen die liberal-kapitalistische Mandatsstellung Stellung genommen und die Verleppungs-Reformen der ersten Vier Jahre herbeiführen helfen. Durch seine Untersuchungen über Hausindustrie, Handwerk und Großindustrie lieferte er der Gewerkschafts- und der politischen Bewegung wertvolle Unterlagen für ihre sozialreformatorischen Bestrebungen. Und unvergessen muß ihnen bleiben, wie er auf seiner Frankfurter Tagung vor mehr als 30 Jahren dem Ansturm der koalitionsfeindlichen Schwerindustrie standhielt und das freie Koalitionsrecht manhaft verteidigte. Daneben gab es schwächere Teile seiner Tätigkeit, wie die länderliche Wanderenquete, die stark unter antisemitischen Einflüssen stand, und die umfangreiche Landarbeiteruntersuchung, das erste größere Werk von Max Weber, bei der kein einziger Landarbeiter gehört wurde. Aber den Spottnamen „Kathedersozialisten“, den die national-liberale Presse dem Verein anheftete, haben sich seine maßgebenden Mitglieder ehrlieh und im Ernst verdient. Er wurde ein Ruhmestitel für sie.

Und um diesen Kernpunkt seines bisherigen Wesens und Tuns freize denn auch die Gärungsbewegung, die sich auf der jetzigen Jubelfeier in Eisenach äußerte. Professor Stein-Frankfurt a. M., der Wortführer einer Strömung, die zum erstarken der gewerkschaftlichen und sozialistischen Bewegung in Deutschland sich grundsätzlich entgegenstellen wollte. Das Lösungswort war: Gegen die Zwangswirtschaft der Verbände, und gemeint waren unangesprochen die Träger der Staatsumwälzung, die großen Arbeiter- und Angestelltenverbände, nicht so sehr die preissteigernden und reaktionären Unternehmerverbände. Die älteren Elemente des Vereins für Sozialpolitik waren eben auch betroffen von der völligen Umstellung der Einkommensverhältnisse und der Staatswirtschaft, die sich in Deutschland vollzieht. Der Rückgang der staatlichen Aufwendungen für alle höheren Kulturwerke erfüllt sie mit Schmerz und Erbitterung. Der Staat werde „verzehrt vom Materialismus der großen Verbände“. Gegen diesen könne die dünne Stimme der Wissenschaft nicht mehr auf. So sagte auch der Korreferent Stein, der Berliner Professor Hertner, der bekannte Verfasser der „Arbeiterfrage“, die so viele Gebildeten schon in die soziale Bewegung erfolgreich eingeführt hat. Auch daß die Stimme der Wissenschaft deshalb so „dünn“ sei, weil die ältere, unpolitische Erziehung der Wissenschaftler diese so einflusslos gemacht habe, wurde von Stein und Alfred Weber zugestanden. Jene „parteilose“ Haltung und ihre Vertreter hätten „Bankrott“ gemacht. Hinein in die Parteien, die Organisationen, die Versammlungen, laute jetzt die Parole!

Als Teilnehmer an den Verhandlungen und unmittelbarer Beobachter darf ich feststellen, daß der Vortrag nach Rechts vorläufig und auf der Jubiläumssammlung des Vereins für Sozialpolitik noch nicht den gewünschten Widerhall gefunden hat. Sehr groß politisch ausgedrückt: der volksparteiliche Vorstoß ist mißglückt. Natürlich liegen die Dinge nicht so einfach und klar. Auch Professor Stein, der im Schlusswort den augenfälligen Rückzug antrat und in ihm ungefähr das Gegenteil davon vertrat, was sein Referat gefordert hatte, will die Sozialpolitik nicht still stellen. Aber er wollte sie mit der Formalisierung der Sozialpolitik als Wirtschaftspolitik immer auch die wirkungsvollste Sozialpolitik sein, den Wirtschaftsinteressen der Industrie und des Handels unterordnen und ihre Fortentwicklung zu demokratischer und gemeinwirtschaftlicher Selbstverwaltung, zur Wirtschaftsdemokratie aufhalten. So wurde in Wirklichkeit auch hier, in der gärenden Welt der Wissenschaft um die beiden Gegenläufer gerungen: Großkapitalismus und verstärkte Herrschaft und Geltung des neuen Reich-

tums, oder Arbeiterdemokratie im weitesten Sinne, Demokratie auch der geistigen Arbeiter. Und die Mehrheit namentlich der jüngeren Sozialpolitiker und Wissenschaftler im Verein entschied sich für das letztere, also für den Anschluß an die große soziale Bewegungswelle, die jetzt durch die Welt geht. Das Referat von Georg Bernhard-Berlin über die Stellung der Journalisten im heutigen Daseinskampf schlug nicht zum wenigsten mit nach dieser Richtung durch. Es zeigte in packend-realistischer Darstellungsweise, wie sich der Redakteur und Journalist auch als geistiger Arbeiter zum Tarifwesen und zum gewerkschaftlichen Kampf mit dem Verleger habe durchdringen müssen, so sehr die geistige Arbeit zur Individualisierung und Eigenbräutelei neigt und deshalb besonders schwer organisierbar ist. Die Feststellung schlug durch, daß sich nur mit solchen Organisationsmitteln die Sicherung des Existenzminimums unter den neuen Verhältnissen erreichen läßt, die den übrigen Arten der geistigen Arbeit tatsächlich noch fehlt. Unmittelbar an die Tagungen des Vereins für Sozialpolitik schloßen sich die Verhandlungen namentlich der akademischen Wirtschaftslehrer und der jüngeren Professoren, die denselben Weg beschreiten wollen, wie die Journalisten. Von der Professorensunft zur Gewerkschaft der Wissenschaftler! Auf die Utopie des „geistigen Generalstreiks“ die der praktisch anscheinend ganz unerfahrene Sozialpolitiker Leopold von Wiese für alle Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte usw. zur Erzwingung besserer Honorare-

andenten zu dürfen glaubte, wird diese junge Gewerkschaftsbewegung der Akademiker sich nicht einlassen, dessen kann man ziemlich sicher sein, wenn man ihre praktischen Köpfe kennt. Hoffentlich erschöpft sie sich ebensowenig im Lohnkampf, wie die Arbeiter, Beamten und Angestellten dies auf die Dauer tun dürfen. Vielleicht bahnt sich hier vielmehr endlich eine gründliche Politisierung der geistigen Arbeiter von unten heraus an und damit auch der langersehnte Bund zwischen geistiger und körperlicher Arbeit gegen den gemeinschaftlichen wirtschaftlichen und sozialen Gegner.

Einstweilen ist freilich auch in diesen Schichten, die voraussetzungslos Erkennen und Erklären der wirtschaftlichen Entwicklung als ihre Berufstätigkeit betreiben und deshalb die am besten Unterrichteten sein sollten, noch alles in voller Gärung. Auch die Wissenschaft ist eben nur Menschenwerk, das allen Entwicklungs- und Fehlergefahren menschlicher Einrichtungen und Eigenschaften unterliegt. Aber die deutsche Wissenschaft kann, wenn sie endlich der Forderung und ihren Ergebnissen die mutige Tat hinzuzufügen lernt, Großes für die Klärung und Befreiung der Gärung folgen. Möge ihr im Gegensatz zu früher dieser Mut zum Handeln durch die Not gegeben werden — dann wird sie eine mächtige Helferin beim Wiederaufbau Deutschlands werden können und sich der kapitalistischen Unfreiheit entziehen, deren sie sich bewußt zu werden anfängt.

Die Krise im Orient.

Die Entente-Note an die Türkei.

Wie Havas mitteilt, heißt es in der Einladung an die Regierung von Angora, über den sich Curzon, Storza und Boncompagni geeinigt haben, u. a.:

„Die drei alliierten Regierungen bitten die Regierung von Angora, sie gefälligst wissen zu lassen, ob sie geneigt wäre, unverzüglich einen bevollmächtigten Vertreter zu einer Zusammenkunft zu entsenden, die in Venedig oder anderswo stattfinden würde und zu der mit den Vertretern der Türkei gleichzeitig die Bevollmächtigten Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Japans, Rumäniens, Jugoslawiens und Griechenlands eingeladen werden würden. Die Zusammenkunft hätte das Ziel, über einen endgültigen Friedensvertrag zwischen der Türkei, Griechenland und den alliierten Mächten zu verhandeln und ihn abzuschließen. Die alliierten Regierungen ergreifen diese Gelegenheit, um zu erklären, daß sie dem Wunsch der Türkei, Thrazien bis zur Mariza und Adrianopel wiederzuerhalten, günstig gegenüberstehen. Unter der Bedingung, daß die Regierung von Angora während der Friedensverhandlungen nicht ihre Armee in die Gebiete sendet, deren vorläufige Neutralität die alliierten Regierungen proklamiert haben, werden die drei Regierungen auf der Konferenz gern die Zuteilung dieser Grenzen an die Türkei unterstützen, wobei übrigens vorausgesetzt wird, daß gemeinschaftlich in dem Vertrage Maßnahmen ergriffen werden zur Wahrung der Interessen der Türkei und ihrer Nachbarn, zur Entmilitarisierung gewisser noch zu bestimmender Zonen im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens, um eine friedliche und regelmäßige Wiederherstellung der Autorität durchzuführen und um schließlich unter den Augen der Völkerbundes in wirksamer Weise die Freiheit der Dardanellen, des Marmarameeres und des Bosporus sowie den Schutz der Küsten und religiösen Minderheiten festzustellen.“

Die drei Regierungen werden übrigens gern die Zulassung der Türkei zum Völkerbunde unterstützen. Sie sind sich eilig darüber, die schon im März d. J. gegebene Zustimmung zu erneuern, daß die alliierten Truppen aus Konstantinopel zurückgezogen werden, sobald der Friedensvertrag in Kraft tritt. Die drei alliierten Regierungen werden ihren Einfluß aufwenden, um vor der Eröffnung der Friedenskonferenz den Rückzug der griechischen Streitkräfte auf eine Linie durchzuführen, die durch die alliierten Generale im Einvernehmen mit den griechischen und türkischen Militärbehörden festgelegt werden wird. Als Vergeltung für diese Intervention wird die Regierung von Angora sich verpflichten, weder vor noch während der Friedenskonferenz Truppen in die Zonen zu senden, die vorläufig für neutral erklärt worden sind, und weder die Dardanellen noch das Marmarameer zu überschreiten. Um die Linie, von der oben die Rede ist, zu bestimmen, könnte sofort eine Zusammenkunft zwischen Mustafa Kemal und den alliierten Generalen in Mudanig oder Ismid stattfinden.“

Die Bedingungen Angoras zu der Friedenskonferenz.

II. London, 26. September.

Der Vertreter der Regierung von Angora in Konstantinopel Hamid Bey erklärte gegenüber dem Korrespondenten der „Sunday Express“, die Kemalisten seien bereit, die Freiheit der Meerengen anzuerkennen und an einer Konferenz über den nahen Orient teilzunehmen. In Paris ist gestern nachmittags aus London die Nachricht eingetroffen, daß die osmanisch-türkische Ausprache über das Einrücken kemalistischer Kavallerie in die neutrale Zone auf dem asiatischen Ufer zu einer Verständigung geführt hat. Der türkische Kommandant hat sich sofort bereit erklärt, seine Truppen aus der neutralen Zone zurückzuziehen.

Das Interesse Rußlands.

Wie aus der obigen Note hervorgeht, hat man in Rußland, das an den Dardanellen gern ein wichtig Wort mitsprechen

möchte, ausgeschaltet. In einer Unterredung mit dem Moskauer Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ wies der stellvertretende Kommissar des Außenministeriums Karagan darauf hin, daß in einem in den russischen Archiven befindlichen, während des Krieges abgeschlossenen Geheimvertrag die Mächte Rußlands vollständige Souveränität über Konstantinopel und die Meerengen versprochen haben. Rußland verlange keine derartige Souveränität, wolle jedoch seine Interessen anerkannt sehen. Es werde keine Lösung dieser Frage ohne seine Teilnahme dulden. Nach Londoner Meldungen sind am Sonnabend vor dem Hause der britischen Mission in Moskau große antibrillische Demonstrationen veranstaltet worden. Im Demonstrationszuge befanden sich Mohammedaner, die grüne und rote mohammedanische Fahnen trugen und in erregter Weise ihre Mißbilligung über die Haltung Englands in der Konstantinopelfrage zum Ausdruck brachten.

Die Stimmung in England.

II. London, 26. September.

Gestern nachmittags hat ein Kabinettsrat stattgefunden, der sich mit der Lage in Kleinasien befaßte. Lord Curzon gab dem Ministerrat einen ausführlichen Bericht über seine Verhandlungen in Paris. In Regierungskreisen erwartet man, daß Kemal die Note der Verbündeten annimmt und sich bereit erklärt wird, unter den vorgeschlagenen Bedingungen zur Konferenz zu gehen. Dieser Meinung wurde auch im Ministerrat Ausdruck gegeben. Es ist aus Angora noch keine offizielle Nachricht eingetroffen, dagegen hat die britische Regierung von ihrem Vertreter in Konstantinopel eine offizielle Mitteilung erhalten, ebenso wie vom französischen Auswärtigen Amt, die beide darauf schließen lassen, daß eine Kriegsgefahr beseitigt, wenn nicht völlig ausgeschlossen erscheint.

Blutiger Aufruhr in Sotia.

III. Paris, 25. September.

„Chicago Tribune“ meldet aus Konstantinopel, daß infolge eines Aufruhrs, der am Freitag und Sonnabend in Sotia ereignet habe, der Belagerungsstand erklärt wurde. 50 Personen sollen bei diesen Straßenkämpfen getötet und etwa gegen 100 verwundet worden sein. Der Aufruhr ist von den Gegnern der gegenwärtigen Regierung hervorgerufen worden.

Hilfe für die Smyrnafüchlinge.

In der Völkerbundsversammlung erklärte Lord Balfour, er habe von seiner Regierung die Mitteilung erhalten, daß die Lage der nach hunderttausenden zählenden Smyrnafüchlinge sich außerordentlich verschlechtert habe. Seine Regierung sei deswegen bereit, 50 000 Pfund Sterling dem unter Hanfens Leitung stehenden Hilfswerk zur Verfügung zu stellen, wenn die andern Regierungen zusammen eine ebenso große Summe aufbrächten. Balfour sprach auch den Wunsch aus, daß die persische Regierung die Vermittlung bei diesem Hilfswerk übernehmen möge. Nach zukünftigen Erklärungen von Sanatorium-Frankreich, Norwegen, Rodeß-Bulgarien und dem Prinzen Dowitch-Persien nahm die Versammlung einen Antrag an, der die andern Regierungen zur sofortigen Unterstützung des Hilfswerkes auffordert.

Reparationsfragen.

Uebergabe der Schatzkammer.

Paris, 25. September.

Die Kriegslastkommission übergab heute der Reparationskommission die deutschen Sechsmarktschätze, welche für die Fälligkeiten vom 15. August und 15. September. Die Reparationskommission wird morgen über diese Angelegenheit beraten und dann die Schatzkammer der belgischen Regierung übergeben.

Das belgische Finanzministerium veröffentlichte gestern ein Zirkular über die Anwendung des Beschlusses...

Der Akt der Wiedergutmachung.

Paris, 25. September.

Zur Wiederwahl des Vorsitzenden des Generalrats des Departements Pas de Calais hielt Jonnard eine Rede...

Deutsche Lieferungen an Jugoslawien.

Berlin, 25. September.

Die deutsche Regierung hat an die Belgrad-Regierung eine Note gerichtet, worin auf die ersten Folgen...

Der neue amerikanische Schutzolltarif.

II. Saag, 26. September.

Über den isoblen anamnonomnen Fordnar-Tarif liegen viele Mitteilungen in englischen Zeitungen vor...

Die Gegner der Einigung.

Gegen die Einigung der sozialistischen Parteien erklärten sich Georg Salz, Karl Leile und Otto Keller...

Der Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Partei bedeutet die Preisgabe des revolutionären Massenkampfes...

Die 7 genannten Delegierten verließen vor Schluß des Parteitages in Gera den Sitzungssaal...

Neue Zollerhöhungen.

Am Montag mittag beschäftigte sich der Reichsrat mit dem Entwurf einer Verordnung über Zollerhöhungen...

Der ADGB zum Betriebsrätekongress.

Der kommunistische Reichsausschuss der Betriebsräte hat bekanntlich in seinem ersten Aufsatze die Gewerkschaften...

Die Mörderzentrale.

Über das Treiben der nationalsozialistischen Mörderzentrale und über ihre Pläne zur Vorbereitung einer Reihe führender Persönlichkeiten...

„Oberland“ zählte mit allem was drum und dran hängt, gegen 800000 Mitglieder...

finden sich in Innsbruck. In Stuttgart war oder noch eine Vazentrale, als deren Leiter Leinhardt...

Die O. C. hat eine Liste von Personen aufgestellt, die für die Politik auszuwählen sind...

Nathenau ist bereits um die Ecke gebracht, Harden war nahe daran. Am Ernst der Sache und den Willen der Mördergesellschaft...

Natürlich fehlt auch der berüchtigte und nie auffindbare Ehrhardt in dieser Gesellschaft nicht. Darüber folgendes: Ehrhardt hielt sich zur Zeit abwechselnd in Salzburg und in München...

Der Adel in der Reichswehr.

Wenn der auf Wunsch des Reichsministers Geßler eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuss seine Tätigkeit beginnt, befaßt er sich vielleicht auch einmal mit der Frage...

Nicht anders sieht es im Reichswehrgruppenkommando und in den Wehrkreisgruppenkommandos aus. Im Reichswehrgruppenkommando...

Nicht genug damit, gibt es einzelne Bataillone der Reichswehr und sogenannte Traditionskompanien...

Das Preussische Staatsministerium hat beschlossen, daß in Zukunft eine Anrechnung des Maifeiertages auf den Erholungsurlaub nicht mehr stattfinden soll...

Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Armin Zidler.

17. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Über Hans schief nicht, er lebte in seiner Kammer mit angelegenen Beinen und dachte nach. Was wieder sein Weg ein solcher? Was hatte er schon alles gemacht...

XXVIII

Als die Sonnenstrahlen und das Korn in langen Schmelzen lag, wurden sich die Freunde darüber verständlich...

Wichtig ist ein Gefühl leiser Nahrung und Behmut unter. Erst wenn man sich hin, spürt man die Bindungen...

Der letzte Abend verbrachten sie mit Bierkämpfern im Kollongarten. Dieser Bierkämpfer hatte eine Kanne Bier...

Drüber konnte und weitere des Welt, frag Kohlen, löchte Eisen und die Feiern. Ein Bierkämpfer, hatte es sich in der Erde vergraben...

Sporen und Ketten, Räder und Bajonette — und alles, was ihren Defen entwirft, behält ihren eisernen Trost...

„Zum Teufel!“, lachte Bierkämpfer, „warum trinkt ihr nicht? Ihr seid wohl schon am Rhein beim Kellern und verachtet das weinliche Bier!“...

Dann ging man auseinander, alle schüttelten den Freunden zum Abschied die Hand und wünschten ihnen Glück...

„Hallo!“ Rudi schrie. Ein Rippenschlag. Erschrocken öffnete Rudi Mund und Augen, starrte Hans verständnislos an...

„Was denn für Geld? Du spinnst wohl?“ Rudi gähnte enttäuscht. „Ich habe eben von einer schönen Waise Geld geträumt...“...

Es Hans sein Bündel noch einmal festhürzte, öffnete sich die Tür, und das Mädchen kam herein. Sie war im Hemd, drückte Hans an sich, küßte ihn und ließ wieder hinaus...

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Nachmittags-Sitzung.)

Dr. Anack-Hamburg: Die Justizreform hat Beziehungen vor allem zur öffentlichen Gesundheitspflege. Das Verbrechen ist nicht nur eine soziale Krankheit, sondern eine Krankheit überhaupt. Es gilt darum einen Schatz der Gesamtheit vor dem kranken Verbrecher zu schützen, aber nicht eine Strafe aus Rache der Gesellschaft zu vollziehen. Der Missetäter in den Strafanstalten muß Erziehungs- und Gesundheitsmaßnahmen dienen. Die Strafzangen müssen auf ihren Gesundheitszustand geprüft werden. Man kann auch nicht eine angeborne, abnormale Art des Verbrechenstrafes mit Zuchtstrafe bestrafen, sondern nur durch Heilung beseitigen.

Gegen die bayerische Kulturhand.

Grösch-Dresden: Es ist eine moralische Ehrenpflicht des Parteitag, einen scharfen Protest gegen die Zustände in Niederschönfeld ergehen zu lassen. Dort sitzen seit 1910 Männer, die nichts mehr begangen haben, als die Kappelle. Der Unterschied ist nur der, daß Toller und Genossen sitzen, während die Kapelle amnestiert sind. Die bayerische Regierung hat durchgesetzt, daß Vergehen gegen das Reich amnestiert werden, für die Beurteilung der Richter sind Verschärfungen eingeführt, die nur für gemeine Verbrecher gelten sollen. Jagow kann sich auf Götting frei bewegen und wird zur Jagd eingeladen. Ernst Toller hat als Dichter einen Bekruf.

Dr. Sanger-München: Die Fraktion des bayerischen Landtages hat sich mit der Angelegenheit Niederschönfeld mindestens in jeder Sitzung einmal befaßt. Es ist richtig, daß in Niederschönfeld mindestens ein zweifaches Recht für die dort Inhaftierten besteht, und das ist eine Justizhand für Bayern. (Sehr richtig!) Es ist richtig, daß die Volksgerichte in Bayern immerzeit vom Ministerpräsidenten Eisner eingezogen wurden, aber schon in seiner Zeit war das Bestreben darauf gerichtet, diese Volksgerichte zu beseitigen, und wenn daher heute die Meinung verbreitet wird, die Volksgerichte seien ja von Sozialdemokraten eingeführt worden, so ist das eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung. Vor diese Volksgerichte, die nur schon drei Jahre bestehen, kommen mindestens 50 bis 60 Prozent aller Kriminalfälle. Die Volksgerichte haben aber nicht nur keine Rechtsmittel, sondern sie haben nicht einmal die Möglichkeit der Wiederaufnahme des Verfahrens, die heute jedes Richtergericht besitzt. Wir können überzeugt sein, daß die Volksgerichte, wenn sie gegen rechts angewendet werden müssen, längst verschwunden wären. Die Aufrechterhaltung der Volksgerichte ist ein für Bayern typischer Justizskandal. (Zustimmung.) Es ist notwendig, daß die Novelle zur Strafprozessordnung so rasch wie möglich erledigt wird, damit wir dann wenigstens sehen können, ob die bayerische Regierung ihr Wort hält und die Volksgerichte sofort abschafft. (Beifall.)

Richtlinien zur Justizreform.

Genosse Sanger legt zur Justizreform folgende Richtlinien vor, die angenommen werden:

Justizreformen waren in Deutschland seit Jahrzehnten allgemein als notwendig anerkannt; sie zu schaffen, wurde im Kaiserreich unterlassen. Durch die weltgeschichtlichen Geschehnisse unserer Zeit sind Reformen im Recht, das nur der Ueberbau über Staat und Gesellschaft ist, besonders notwendig geworden. Die Richtlinien der Reformen sind bestimmt:

1. politisch durch die republikanische Staatsform des Deutschen Reiches und seiner Länder;
 2. wirtschaftspolitisch durch die Erkenntnis, daß die Arbeit die Quelle jeglicher Wohlfahrt und des Glückes der Gesamtheit ist;
 3. ethisch durch den in der sozialistischen Weltbewegung der arbeitenden Masse neu erstehenden Grundgedanken der solidarischen Gemeinschaft, der über den Interessen des einzelnen steht und dadurch der Schächer eben jedes einzelnen wird.
- Entsprechend der fortschreitenden Erkenntnis, daß die Arbeit des arbeitenden Volkes die Grundlage des gesellschaftlichen und persönlichen Daseins ist, ist das Arbeiterrecht in einem umfassenden Gesichtswert festzusetzen.
- Zur Verwirklichung der aus der Arbeit hervorgehenden Rechte und Pflichten gehört ein als staatliches Sondergericht den ordentlichen Gerichten angegliedertes Arbeitsgericht, das die erprobten Vorzüge der Kaufmanns- und Gewerbegerichte in sich aufnimmt. Laien sind auch in den höheren Instanzen bei den ordentlichen Gerichten hinzuzuziehen.

Weiter ist zu fordern: Erhöhter Mieterschutz, Gleichstellung von Mann und Frau im Rechtsleben, Verringerung des Ehegerichtsstands im Interesse von Ehe und Familie und entsprechend den Geboten der Wahrsamkeit, Schutz des Kindes und der Mutter in der Erkenntnis, daß Mutterhaft und Kindhaft ohne Rücksicht auf die geschlechtliche Form der Eheschließung ein heiliges Gut sind, Erweiterung des Erbrechts zugunsten der Gesamtheit, Vereinfachung der Rechtsverfolgung vor allem durch Einführung eines Güterverfahrens im Prozeß gegen Vollstreckungsverfahren.

Das Verbrechen als soziale Krankheit hängt auf das innigste mit den gesellschaftlichen Zuständen eines Zeitalters zusammen. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung muß in ihrer geringfügigen der arbeitenden und der einzelnen Persönlichkeit in ihrem Massenelement der Personen auf der einen, dem Massenluxus einiger weniger auf der anderen Seite eine Quelle ungezügelter Straftaten werden. Die Kriminalität des Kapitalismus wird wesentlich dadurch erhöht, daß die Bekämpfung des Verbrechens nach von der Wissenschaft längst widerlegten Dogmen in eine positive Förderung des Verbrechens umschlägt. Die Reform des Strafrechts kann nur unter den Gesichtspunkten „Schutz der Gesellschaft“ vor sich gehen. Das Ziel der Reformen kann nur sein: Besserungsfähige zu bessern, den Unverbesserlichen vor sich selbst und die Gesamtheit vor ihm dauernd zu schützen. Nach diesen Richtlinien ist an die Verringerung der einzelnen Verbrechenstatbestände zu gehen. Im Strafprozeß ist der Laie unter Sicherung seiner freien Abstimmung zur Rechtsprechung bei allen Gerichten der ersten und zweiten Instanz heranzuziehen.

Das gesamte Verfahren des Strafprozesses ist in dem Sinne zu reformieren, daß der Angeklagte eine dem Staatsanwalt vollkommen gleiche Parteilichkeit erhält, daß die Rechte des Inquisitionsprozesses restlos beseitigt, daß der Richter nur zu urteilender Tätigkeit zur Hauptverhandlung berufen wird. Das notwendige Vertrauen in die richterliche Tätigkeit hängt vor allem von der Ergänzung der Richterschaft durch Angehörige der unteren sozialen Klassen der Gesellschaft ab.

Dann erstattet D. Grotjahn den Bericht der Kommission für das Gesundheitsprogramm.

Im alten Erfurter Programm spielt die Gesundheitsfrage eine untergeordnete Rolle. Es muß eine bessere Verteilung der Zahl der Ärzte in der Stadt und auf dem Lande Platz greifen. Es gibt manche Gesundheitsfragen, die nicht in dem Parteiprogramm angeführt, solange sie nicht wissenschaftlich geklärt sind, wie Alkohol, Prostitution usw.

Dr. Strecker-Darmstadt: Wir erkennen mit Schrecken, daß der Alkoholkonsum zu einer Volksgefahr wird. Es muß unsere erste Aufgabe sein, auch die Alkoholfrage wissenschaftlich zu regeln.

In der Abstimmung wird die vom Sachverständigenausschuß beantragte Entschließung einstimmig angenommen. In dieser Entschließung heißt es: „Im Erfurter Programm der Sozialdemo-

kratie ist folgender die Gesundheitsfrage umfassender Absatz über Gesundheitspflege einzufügen:

„Die Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeinbetrieben, Vereinheitlichung des Sozialversicherungswezens und dessen Ausdehnung auf alle Volksangehörigen. Planmäßige Verteilung aller der Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen auf Stadt und Land. Ausbau der Krankenanstalten und aller gesundheitlichen Heil- und Fürsorgeeinrichtungen. Elternberatungsstellen zur Heranbildung eines an Körper und Geist gesunden Nachwuchses. Eingliederung der Ärzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens. Gemeinschaftlicher Betrieb der Apotheken und anderer Stellen der Herstellung, des Handels und des Betriebs von Heilmitteln. Unfallversicherung unter Erweiterung der ärztlichen Mitarbeit. Regelung der Krankenfürsorge. Sozialer Gesundheitsdienst in Stadt und Land. Zusammenfassung des gesamten Gesundheitsdienstes in eine Reichszentrale für Volksgesundheit, Sozialversicherung und Bevölkerungspolitik.“

Den Bericht der Beschwerverkommission erstattet Buchmiz-Görlitz. Die Beschwerverkommission hatte zwei Fälle zu erledigen. Es wird beantragt, den früheren Magdeburger Parteisekretär, Genossen Käßler, dem auf dem vorjährigen Parteitag für fünf Jahre das Recht auf Bekleidung von Parteiamtern aberkannt worden war, mit Rücksicht auf seine gegenwärtige Tätigkeit für die Partei wieder in seine alten Rechte einzusetzen. Der bisherige Genosse Hoffmann aus Rommern war aus der örtlichen Parteiorganisation ausgeschlossen worden, weil er gegen den Parteikandidaten bei der Landratswahl gestimmt und dadurch die Wahl des bürgerlichen Kandidaten ermöglicht hatte. Das Schiedsgericht hatte den Ausschluß aufgehoben und nur eine scharfe Rüge ausgesprochen. Die Beschwerverkommission beantragt, dem Ausschlußantrag der Ortsgruppe stattzugeben. Der Parteitag beschließt in beiden Fällen nach dem Vorschlag der Beschwerverkommission.

Damit ist die Tagesordnung des Parteitages erledigt. Vorsitzender Weis hielt hierauf das Schlusswort, das wir bereits am Sonnabend brachten.

Einigungsparteitag in Nürnberg.

SPD. Nürnberg, 24. September.

Der Parteitag wurde um 9 1/2 Uhr eröffnet.

Zischer-Nürnberg begrüßte die Delegierten im Namen der beiden Parteiorganisationen Nürnbergs. Dann übernahmen die Alterspräsidenten Wilhelm Pfannkuch und Wilhelm Bod-Gotha den Vorsitz.

Wilhelm Pfannkuch: Der Kampf der letzten fünf Jahre war kein angenehmer, aber wir haben dabei in beiden Lagern, getragen von der kulturhistorischen Mission, die wir zu erfüllen haben, nie das zulässige Maß des parlamentarischen Anstandes verloren. Auf beiden Seiten waren Männer, denen das Herz gebührt hat bei dem Bruderkampf. Es ist der schönste Tag der Erinnerung meines Lebens, daß ich heute hier als Alterspräsident berufen wurde. Unsere heutige Tagung ist getragen von dem Gedanken, daß unsere Organisation die Einheit der sozialdemokratischen Arbeiterkraft beschließen muß, die die alleinige Garantie bietet, daß die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen kann. (Lebh. Beifall.)

Wilhelm Bod: Bald nach Beginn der deutschen Arbeiterbewegung hat sich die Bewegung gespalten in die der Sozialisten und die der Einiger. Beide Richtungen bekämpften sich mit einer Leidenschaftlichkeit, die durch nichts überboten werden konnte. In diesem Abschnitt der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung finden wir eine Parallele zwischen den Ereignissen, die wir jetzt erleben. Damals hat die preussische Reaktion und Bismarck und Puffenberger beide Richtungen auf das Schärfste bekämpft. Diese Tatsache hat die Einigung, die im Jahre 1875 vollzogen wurde, beschleunigt. In beiden Lagern gab es damals Führer, die Bedenken gegen die Einigung hatten; aber die Befürchtungen, die an sie geknüpft wurden, haben sich nicht erfüllt. Die Partei entwickelte sich zu einer mächtigen Größe, an der schließlich das Sozialistengeheß zerbrach. Auch jetzt sind wir zu der Ansicht gekommen, daß wir der geeinten Reaktion nur die geeinte Kraft des Proletariats gegenüberstellen können. Diese Stunde der Einigung wird ein Markstein sein in der Geschichte der Arbeiterbewegung. (Lebh. Beifall.)

Als Vorsitzende wurden einstimmig Dittmann und Weis gewählt.

Dittmann: Die heutige Einigung hat dieselbe Bedeutung, wie die Einigung auf dem Gothaer Parteitag hatte. Heute wie damals hat der Druß der Reaktion die Hemmnisse und Hindernisse beseitigt, die der Wiedervereinigung entgegenstanden. Im gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion kam der Ruf aus den Reihen der beiden Parteien: Genug des Bruderkampfes! Wir wollen nicht mehr getrennt marschieren und lediglich zum gemeinsamen Kampfe zusammenhandeln. Wir wollen dauernd zusammen bleiben. (Lebh. Beifall und Händeklatschen.) Die Beschlüsse von Augsburg und Nürnberg wollen wir hier in Nürnberg, wo wir zum ersten Male zusammen tagen, bekräftigen. Wir wollen uns zusammenschließen zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Lebh. Beifall.)

Hermann Müller: Die Parteitage in Augsburg und Gotha haben die Sehnsucht von Millionen deutscher Arbeiter endlich erfüllt: In Deutschland ist die Einigung der sozialdemokratischen Kampfbünde eingetreten. Mit ihr soll eine neue fruchtbringende Zeit für die deutsche Sozialdemokratie anbrechen. Die sechs Jahre der Trennung und der oft erbitterten gegenseitigen Bekämpfung gehören der Geschichte an. Darüber, was uns trennt, ist in diesen Jahren genug geredet und geschrieben worden. Ueber die Wirren dieser Zeit mögen die kommenden Geschlechter urteilen. Unsere Kraft und unsere Zeit sollen nun an ganz den härteren Aufgaben gewidmet sein, die der Lösung harren. (Sehr richtig!) Wir werden nun so zusammenarbeiten können, wie das die Not der Zeit von uns erfordert. Auf beiden Seiten war der gute Wille vom ersten Tage der Verhandlungen an da, und dieser gute Wille ließ uns schnell den kürzesten Weg zur Einigung finden. Dieser gute Wille muß uns auch in den kommenden ersten Tagen weiter helfen. Es ist selbstverständlich, daß dabei die Meinungsfreiheit im Rahmen unserer Grundzüge gewahrt bleibt. (Sehr gut!) Die Verhandlungen über das Aktionsprogramm und über die organisatorischen Vereinbarungen haben uns erfreulicherweise gezeigt, daß die Meinungsverschiedenheiten, die in dieser und jener Frage noch zwischen den beiden Parteien bestanden, so gering waren, daß es ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse gewesen wäre, auch nur noch kurze Zeit die Trennung weiter aufrecht zu erhalten. (Lebh. Zustimmung.) Noch viel mehr Wert ist aber auf das Nach von Vertrauen zu legen, das vorhanden war, um ein gutes Zusammenarbeiten auch für die Zukunft zu sichern. Aber wir hätten auch dann zur Einigung kommen müssen, wenn die Meinungsverschiedenheiten größer gewesen wären. Denn schließlich ist die aus der Not der Zeit erforderliche Aktion wichtiger als alle Aktionsprogramme. (Sehr richtig!) Seit den Tagen der Spaltung hat sich in der deutschen Geschichte mehr geändert als sonst in Jahrzehnten. Vor sechs Jahren regierte noch in Deutschland der Halbproletarismus in seiner schroffen Form: der militärische. Heute liegt alle Macht beim Volke. Es liegt am Volke selbst, wenn es von seiner Macht einen schlechten Gebrauch macht. (Sehr wahr!) So sind aber auch unsere Aufgaben gegen früher ins Riesengroße gewachsen. Wir haben die Republik, und wir haben damit die beste Operationsbasis für den

Kampf um den Sozialismus. Die Republik war das Ziel der Sehnsucht unserer großen Vorkämpfer Bebel und Wilhelm Liebknecht. Sie waren schon Republikaner, ehe sie Sozialisten wurden. Die Republik ist so ziemlich der einzige Gewinn, den das deutsche Volk aus diesem schrecklichen Weltkrieg mit nach Hause gebracht hat. Die Republik zu erhalten, erfordert die ganze Wachsamkeit des Proletariats. Aus dem Kampfe für die Republik erwuchs die Wiedervereinigung der deutschen Sozialdemokratie. Nach der Ermordung Rathenaus wurde der Geist der Einigung lebendig. Die Wunden der Reaktion gehen irre, wenn sie glauben, daß sie die Republik töten können, indem sie eine Anzahl Führer der Republikaner töten. Die Republik wird um so sicherer erhalten bleiben, je enger die deutschen Arbeiter sind. (Lebh. Zustimmung!) Das deutsche Kaiserreich ist gekürzt zu den Toten dieses Weltkrieges. Es wird keine Kaiserreichung erleben. Wir haben und wir hatten die Republik; aber sie ist nicht unser Endziel. Unser Endziel ist und bleibt der Sozialismus. (Beifall.) Unser Kampf um den Sozialismus darf auch in der Republik nicht zum Stillstand kommen. Durch den Krieg und die Kriegswirtschaft wurden, schießlich betrachtet, die zum Sozialismus führenden Tendenzen der ökonomischen Entwicklung mächtig gefördert. Die Zahl derer, die eine proletarische Lebenshaltung führen müssen, ist seit 1914 mächtig gewachsen. Wir bekommen jetzt starke Energien, die sich bis jetzt nutzlos verzehrten, für den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse frei. Wir brauchen aber eine Steigerung der Aktivität, wenn wir das deutsche Volk durch den harten Winter, der uns droht, bringen wollen. Mit ganzer Kraft wollen wir den Kampf gegen die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse aufnehmen. Die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse würde die sozialistischen Erregungszustände in allen Ländern in Gefahr bringen. Denn wenn die deutschen Arbeiter ihre Widerstandskraft verlieren, dann wäre es mit dem Achtstundentag nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt vorbei. (Sehr wahr! Beifall.) Wir wollen in friedlicher Arbeit dem deutschen Volk in der ganzen Welt die Achtung verschaffen, die ein wahres Kulturvolk verdient. Ueberzeugt sich die Welt, daß es in unserer Kraft liegt, die Reaktion in Deutschland niederzubringen, so wird sich der Gedanke der Gerechtigkeit auch gegenüber unserem Volke in der Welt durchsetzen. Die Niederhaltung der Reaktion in Deutschland fordert in erster Linie von uns die Fortsetzung des begonnenen Werkes der Demokratisierung der Verwaltung und die Umgestaltung der Rechtspflege, sowie die Reinigung des Senates und der Politik von allen Ueberbleibseln der monarchistischen Zeit. (Beifall.) Nur durch unermüdete Arbeit werden wir die Republik zu einem unverlierbaren Besitz der breiten Massen des deutschen Volkes machen. Die Republik darf für uns keine Notwohnung werden; wir müssen mit allen Mitteln versuchen, sie nach unseren Bedürfnissen und nach unserem Geschmack einzurichten. (Beifall.) Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei muß die Republik auf allen Gebieten gegen die Reaktion von rechts und auch gegen die Reaktion von links sichern. (Sehr richtig!) Durch die Vereinigung werden wir aber auch imstande sein, das große Erziehungswerk zu vollenden, das unsere Vorkämpfer vor mehr als einem halben Jahrhundert begonnen haben. Wenn wir das Reich des Sozialismus aufrichten wollen, so brauchen wir nicht nur reiche ökonomische Verhältnisse, sondern auch eine reiche Arbeiterkraft. (Lebh. Zustimmung.) Wir werden durch die Vereinigung Tausende zurückgewinnen, die sich wegen der widrigen Kämpfe der letzten Jahre gleichgültig abwandten, und wir werden Millionen neu gewinnen. Wir brauchen ein Geschlecht, das von Hingabe an die große Gemeinschaftsarbeit erfüllt ist. (Lebh. Beifall.) Als wir im Reichstage die Arbeitergemeinschaft bildeten, die den ersten Schritt zur Einigung darstellte, haben die bürgerlichen Parteien die Arbeitergemeinschaft der Mitte gebildet. Wir wissen, daß zu diesem Hod die Deutschenationalen stoßen werden, wo es sich um die Klasseninteressen der Besitzenden handelt. Die Sammlung der bürgerlichen Parteien wäre für das Proletariat eine große Gefahr, wenn die Sozialisten nicht aus ihrerseits die Reihen schließen würden. Dazu muß im ganzen Reich der Einigungsparteitag in Nürnberg das Signal geben. Wird sich die deutsche Arbeiterklasse ihrer Macht bewußt, so wird der heutige Tag für den demokratischen Sozialismus der Beginn eines neuen Zeitabschnittes sein. Wir, die wir das Glück haben, in dieser geschichtlichen Stunde dabei zu sein, wissen, daß wir noch niemals so sehr wie in dieser Stunde die Vollstreckung des Willens der Masse in Fabrik, Kontor und Werkstätten gewesen sind. (Lebh. Beifall.) Diesen Kontakt mit den Massen gilt es, über den heutigen Tag hinaus zu erhalten. Gelingt uns das, so wird die Bahn frei werden für neue Siege. Dann wird von Nürnberg ein Strom der Begeisterung ausgehen, der uns vorwärts bringt zu unserem großen Ziele, das Reich der Freiheit und Gleichheit zu schaffen, im Geiste der Brüderlichkeit und Einigkeit. (Stürmischer, langanhaltender, fortgesetzter Beifall.)

Gegen monarchistische Amtsblätter.

Der preussische Justizminister hat folgende allgemeine Verfügung erlassen:

„Der Landtag hat beschlossen, das Staatsministerium zu ersuchen, alle Behörden und Verwaltungen aufzufordern, amtliche Bekanntmachungen den für die Veröffentlichung bestimmten Publikationsorganen zu entziehen, wenn diese Organe Verfassungen dienstbar sind, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind und an deren Stelle amtliche Publikationsorgane zu schaffen.“

Diese Entschließung teile ich den Justizbehörden zur Kenntnisnahme mit und weise auf die Bedeutung hin, die ihrer Durchführung zukommt. Die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte erlaube ich, bis zur Schaffung örtlicher amtlicher Publikationsorgane der Angelegenheit fortgesetzt ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

Volkswirtschaft.

Devisen-Kurse.

		Berlin, 26. September.	
		Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.	
		25. Septbr.	23. Septbr.
Amsterdam	100 fl.	54531.75	54232.10
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	10162.25	10112.30
Kristiania	100 Kr.	23770.25	23470.60
Kopenhagen	100 Kr.	29363.25	29058.55
Stockholm	100 Kr.	37253.35	36853.85
Helsingfors	100 finn. Mk.	3091.10	3071.15
Rom	100 Lire	5942.55	5942.55
London	1 £	6227.20	6217.20
New York	1 Doll.	1405.74	1405.74
Paris	100 Frs.	10761.60	10736.55
Zürich	100 Frs.	26367.—	26367.—
Madrid	100 Pesetas	21548.—	21523.05
Wien	100 K.	1.90 1/2	1.80
Prag	100 K.	4454.40	4394.50
Budapest	100 K.	55.93	57.92

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton i. B.: Hermann Bauer; für den übrigen Teil: August Schulz; für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 26. September.

In der Bürgerschaft

Kam es am Montag abend zu einigen interessanten Auftritten. So als die Aufhebung der Immunität gegen einige Mitglieder des Hauses zur Debatte stand. Genosse Haut begründete den vermeintlichen Standpunkt des Verfassungsausschusses, der der gesamten Bürgerschaft nicht in allen Punkten genehm war. Sogar die Demokraten hätten gerne dem marmornen Bismarck eine Huldbildung ins Grab nachgeschickt. Recht „impulsiv“ tütete der Volksparteiler Evers in den Kontrabaß, den übrigens Genosse Brexmer beim Senatsantrag über die Amtsbilattfrage mit einem trefflicheren Stoß verstopfte. Die volksparteiliche Größe kann den Schmeißer nicht verbeissen, daß die Sozialdemokraten Konsequente und praktische Politik treiben, die in diesem Falle dem Staate jährlich Hunderttausende erspart. Deshalb schreit man bei den Stimmesleuten von Verfassungsbruch, der sie heute auch dem Senat vorwerfen. Man tut so furchtbar schlau und treibt doch nur, wie unserer Fraktionsredner sagte, Demagogie.

Die Rechte hatte überhaupt gestern einen verlorenen Tag zu verbuchen. Sie wollte gern überall ein gewichtig Wort mitsprechen und zeigte nur ihre heillose Ungeschicklichkeit. Herr Pastor Ziesenis nahm sich die Intelligenzartikel der L. N. N. über kommunalpolitische Versumpfung zum Vorbild und ritt mit dem Generalanzeiger-Klepper, der mit dem kühnen Reiter auf weltverlassene Heidemoore trabte. Es ist zum Götterbarren. Dieselben Politikaster, die ständig über sozialdemokratische Mißwirtschaft in Stadt und Reich lamentieren, die sich für „Nachminister“ ins Feuer legen und persönliche Initiative kapitalistischer Götzen in alle Himmel hoben, tanzen hilflos wie die Glotzen im Drahtgitterrad herum, wenn sie vor unabwendbarem Tiefschlag gesteuert werden und zeigen sollen, was sie können. Das war wirklich kein Meisterstück, Herr Ziesenis, als Sie das Eingekleid ihres Bürgerbündlerischen Leiborgans für die Konzeptunterlage zur Ihrer Pölpelarbeit benutzten. Es war schon töricht genug, daß eine Tageszeitung solch dummes Zeug verbreitete. Keinem ist die Tarifierhöhung der Straßenbahn angenehm, aber die Not gebietet hier ein Maß, das auch der Arbeitsgemeinschaftler Ziesenis begreifen sollte. Und er begriff es auch, nachdem sowohl Herr Klein, der Senatskommissar, sowie unsere Genossen Dreyer und Steinberg dem Herrn Arbeitsgemeinschaftler die Rechnung präsentierten. Diesmal konnte selbst das Extrem auf der radikalen Seite den Jügel des im Sumpfe festengebliebenen Gauls nicht mehr retten.

Uebrigens versuchten die Kommunisten selbst auf abgehalfterten Mähren zu galoppieren. Sie dudelten dabei sowohl bei der Straßenbahnvorlage wie bei derjenigen über die Erhöhung des Postgeldtarifes bei den Heilanstalten eine melodienarme Litanei herunter, wirklichkeitsunabhängig, dafür aber mit moskowitzischer Arroganz. 26 Millionen Mark Defizit sehen die Herren für einen Pappentitel an und in eiserner Konsequenz und aus Abneigung gegen die Aufbringung von Mitteln kopfen sie auch die Geldquellen zu. Was die kommunistischen Dauerredner sonst noch vordrachten, war eitel Stimmungsmache nach außen, war, wie Genosse Haut neben zutreffenden Bemerkungen seiner Fraktionsfreunde Dreyer, Steinberg und L. Löwig hiebhaft sagte, mit einem Worte — Quengelei.

Dann agierte noch der sturmste Herr Dietrich für die Hausagrariar. Er sprach davon, daß der Germane bald wieder Höhlenbewohner werde oder als Affe sich in Baumstämmen verkrieche, streife in Nordamerika und in Serbien herum, um auf die Wahrung des geduldbigen Wortführer hin zur rettenden Tat — der freien Wohnungswirtschaft zurückzukehren. Dann erst wird dem Volke das Heil widerfahren. Dann, wenn die entseelten Kräfte des großkapitalistischen Hausbesitzertums in ihrer vollen Macht wirken — dann braucht sich das Volk nicht in Höhlen zu verkriechen, sondern dann kann es sich gleich ganz begraben lassen.

Der Butter- und Milchskandal.

Gegen die ungeheure Preistreibeerei in Milch, Butter usw. haben wir uns häufig gewandt. Bisher ist aber in diesen Dingen leider nichts geändert worden. Die Preise für alle Lebensmittel, ganz gleich, ob sie aus dem Auslande oder dem Inlande stammen, kletterten mit dem Dollar um die Wette. In Lübeck kostet ein Liter Milch bereits 36 Mk. In Berlin sogar schon 47 Mk. Kundige wollen heute schon wissen, daß in der nächsten Woche der Butterpreis die Höhe von 400 Mk. das Fund erreichen wird. Tut er das wirklich, dann dürfte der Milchpreis auch bald nachkommen und 40 Mk. überschreiten, trotzdem er erst innerhalb der letzten acht Tage um rund 4 Mk. gestiegen ist.

Die Milch kommt nach wie vor von unserer heimischen Kuh, hat mit dem Auslande und mit dem Weltbeherrschter Dollar gar keine Beziehungen, und doch klettert der Milchpreis von Woche zu Woche immer höher. Er wird einfach nach den Butterpreisen diktiert. Die Butterpreise aber richten sich weber nach den Erzeugungsstoffen, noch nach sonst etwas, sondern werden einfach auf den Butterauktionen der Schleswig-Holsteinischen Meiereiverbände festgesetzt.

Vergebens sucht man nach Mitteln und Wegen, um dieser willkürlichen Preisfestsetzung zu steuern. Aber dennoch muß etwas geschehen, um der fortwährenden Preissteigerung der Milch einen Riegel vorzuschleichen. So kann es einfach nicht weitergehen, wenn nicht die ganze heranwachsende Generation elend zu Grunde gehen soll. Die Milch ist ein unentbehrliches Nahrungsmittel für unsere Säuglinge. Heute ist es aber schon so weit gediehen, daß selbst nicht unbemittelte Schichten nicht mehr instande sind, die nötige Milch für ihre Kinder zu beschaffen, ganz zu schweigen von jenen Kreisen, die mit ihrem großen Verdienst kaum in der Lage sind, das Notwendigste zum Leben für die erwachsenen Familienmitglieder zu erwerben. Will man nicht die Zukunft unseres ganzen Volkes in Frage stellen, dann ist es die allerhöchste Zeit, daß ernsthafte Maßnahmen getroffen werden, die Milch zu verbilligen. — Schon steht eine Generation langsam aber sicher dahin.

Das es so nicht weiter gehen kann, sehen heute selbst jene Häcker ein, die früher stets für die freie Wirtschaft schwärmten. So kreißt u. a. die „Voll. Ztg.“: „Solange die Zwangswirtschaft noch existierte, wurde der Butterpreis beherrschend festgesetzt, und nur dem Schleichhandel war es möglich, zu wachsen. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft bedeutete auf dem Buttermarkt nichts anders als die Konfessionierung des Schleichhandels, der sich nun auf den Butterauktionen zusammenfand und den Preis bestimmte. Diese Butterauktionen haben keinerlei feste Normen oder Regeln des Geschäftsganges, an die sie sich zu halten brauchen. Es besteht bis

heute noch keine Auktionsordnung.“ Das Blatt schreibt dann über die Berliner Butterauktion: „Wenn auf der letzten Auktion ein Preis von 300 Mk. erzielt worden war, so stellt der Auktionator den Zeiger einer großen, sogenannten Auktionsuhr zu Anfang auf 320. Dann wird der Strom eingeschaltet und der Zeiger beginnt langsam rückwärts zu laufen. Rings um das Zeigerfeld sind die Plaknummern des Auktionszimmers angebracht. Steht nun der Zeiger etwa auf 318 und einer der anwesenden Händler entschließt sich, das Faß für diesen Preis zu erwerben, so drückt er auf einen an seinem Platz befindlichen Knopf. Darauf leuchtet am Zeigerfeld seine Plaknummer auf, und der Zeiger bleibt stehen. Er hat die Butter erworben. Dadurch, daß die Einschaltung auf eine zehntel Sekunde genau erfolgt, ist die Möglichkeit, daß zwei Teilnehmer zugleich sich melden, fast ausgeschlossen.“

Wenn nun der Auktionator sieht, daß schon bei 318 angeschlagen wird, so zieht er daraus den Schluß, daß er den Preis zu niedrig bemessen hat und stellt den Zeiger für das nächste Faß auf 350 ein. Auf diese Weise und mit Hilfe aller der unkontrollierten Elemente, die den soliden Großhändler durch ihr Ueberangebot verdrängen, erhalten wir den unermesslichen Butterpreis, unter dem die Bevölkerung zu leiden hat. So entsteht u. a. auch der groteske Fall, daß der Betrag, den z. B. der Auktionator eines großen Hotels für seine ausländischen Gäste bietet, maßgebend für die Konsumenten in den Berliner Arbeiterquartieren wird.

Aber auch die Lieferanten tragen einen großen Teil der Schuld an den heutigen Zuständen. Es ist festgestellt worden, daß an manchen Tagen nur 180 bis 200 Zentnerfässer zur Auktion kamen. An der Aufbringung dieser lächerlich geringen Menge waren mehr als 75 verschiedene Lieferanten beteiligt. Das würde heißen, daß eine große Molkerei nicht instande war, mehr als 2 1/2 Faß aufzubringen. Die Lieferanten verlangen wohl von uns nicht den Glauben, daß die auf die Auktion gebrachten 2 1/2 Faß ihre gesamte Produktion darstellen. Diese dürfte vielmehr das Zehn- bis Dreißigfache betragen haben. Aber die Lieferanten beantragen ja auch diesen Glauben gar nicht. Sie und alle Eingeweihten schmunzeln über solche Naivität. Man hält die großen Vorräte juristisch und schickt nur ein paar Fäßchen auf die Auktion. Um diese entsteht dann unter den Auktionatoren ein erbitterter Kampf, der die Preise hinaufreibt. Ist den Herrschaften der Preis hoch genug, dann wird das Auktionsergebnis als Richtpreis veröffentlicht und die großen Vorräte nehmen unter seiner Flagge den Weg ins Publikum, soweit sie nicht schon vorher vertrieben worden sind.

Man spricht heute viel von der Bekämpfung des Wuchers. Sollten die Staatsanwaltschaft und die Wuchergerichte hier nicht eingreifen können?

Arbeitsstreikung.

Die Frage der Arbeitsstreikung ist in Lübeck erfreulicherweise noch nicht akut geworden, aber es sind vielleicht schon Vorboten einer beginnenden Wirtschaftskrisis, wenn zurzeit allgemein die Notwendigkeit der Arbeitsstreikung sich wieder stärker bemerkbar macht. Was an Arbeitsgelegenheit noch vorhanden ist, soll auf einen möglichst großen Kreis von Arbeitnehmern gleichmäßig verteilt werden, so daß dann im Wege der Arbeitsstreikung Kurzarbeit geleistet wird. Man versucht, die Arbeit zu strecken, wie man im Kriege das Brot gestreckt hat. Ohne auf die Frage der wirtschaftlichen Berechtigung der Arbeitsstreikung hier einzugehen, sei für die rechtliche Beurteilung der Frage betont, daß jene Verordnung, welche die Arbeitsstreikung als eine Maßnahme der wirtschaftlichen Demobilisierung einführt, heute noch zu Recht besteht. Hiernach muß, bevor Entlassungen zur Verminderung der Arbeiter- oder Angestelltenzahl vorgenommen werden, die Arbeitszeit eventuell unter das normale Maß herabgesetzt werden, und zwar kann diese Kürzung bis zu 2 1/2 Stunden in der Woche für einen Arbeitnehmer erfolgen. Ist noch weniger Arbeit vorhanden, so daß nicht einmal in dieser verkürzten Zeit Beschäftigung geboten werden kann, so braucht eine Arbeitsstreikung nicht mehr vorgenommen zu werden. Die Arbeitnehmer können dann ohne weiteres entlassen werden. Aber auch in allen den Fällen, in denen die Streikung der Arbeit mit außergewöhnlichen Geldopfern oder anderen unverhältnismäßig großen Nachteilen betriebstechnischer oder wirtschaftlicher Natur verbunden ist, können die Entlassungen auch ohne vorherige Kurzarbeit vorgenommen werden. Das Gesetz sieht diesen Fall ausdrücklich vor, indem es sagt:

„Entlassungen zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl dürfen nur vorgenommen werden, wenn dem Arbeitgeber nach den Verhältnissen des Betriebes keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit durch Verkürzung der Arbeitszeit (Streikung der Arbeit) zugemutet werden kann.“

So hat, wie das „Hamburger Echo“ schreibt, erst vor kurzem der hamburgische Schlichtungsausschuss entschieden, daß in dem Betriebe einer Großbäckerei mit Rücksicht auf die gerade in diesem Betriebe bestehenden besonderen Verhältnisse eine Streikung der Arbeit nicht statufinden habe. Allgemeine feste Bestimmungen lassen sich für diese Fälle gegenüber der Vielgestaltigkeit der Praxis leider nicht aufstellen. Für die Arbeitgeber wird sich empfehlen, wie es im Betriebsrätegesetz auch vorgesehen ist, vor beratigen Entlassungen mit ihrer Arbeitnehmerzahl oder mit der Betriebsvertretung, wo eine solche besteht, Fühlung zu nehmen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so hat der Schlichtungsausschuss zu entscheiden. Die Vorschriften über die Arbeitsstreikung gelten nicht für Post und Eisenbahn und ferner nicht für alle diejenigen Arbeitnehmer, die nur zu vorübergehender Aus- oder für einen vorübergehenden Zweck angenommen worden sind. Hierbei ist zu bemerken, daß es sich tatsächlich um nur vorübergehende Beschäftigung handeln muß und daß die Arbeitnehmer bei ihrer Einstellung auch ausdrücklich auf diese vorübergehende Natur ihrer Arbeit hingewiesen werden.

Auf dieser Stufe. Wir haben vor einigen Tagen bereits gezeigt, daß die Vereinigung der SPD. mit der USPD. von den Deutschnationalen in allen Tonarten begehrt wird. In diesem ekelhaften Kampfe marschieren die Lübeckerischen „Anzeiger“ an der Spitze. Der gegen die Sozialdemokratie irgendeine verwendbare Dreck aus allen deutschnationalen Giftküchen wird von diesem Blatt mit Behagen aufgeschaut und den Lesern in auffälligen Lettern vorgelesen. Da man aber sachlich nichts gegen unsere Partei vorbringen kann, so geht man zum persönlichen Kampf über. Am Sonnabend schrieb das Organ der Partei, in der die dummhüftigen, fetten Junker den Ton angeben, daß unsere Genossen auf einer Tagung vor zwei Jahren „mit Bourgeoislichkeit mit den goldenen Urketten auf dem wohlgerundeten Bäuchlein spielten“. Von Scheidemann, der als der Vater der Enttarnung hingestellt wird, sagt das edle Blatt, daß er später „lange Jahre hindurch seine Pension als Oberbürgermeister in Ruhe und Frieden verzehren“ — Man sieht also, daß im persönlichen Kampf die Volksgewissen von rechts sich von denen von links in nichts zu unterscheiden. Würde der politische Kampf von den übrigen Parteien in der gleichen Weise geführt werden, dann müßte jeder anständige Mensch sich von der Politik zurückziehen. Dieser können wir dann wirklich nicht mehr helfen. — Die Deutschnationalen haben aber auch die Gründe entdeckt, die zur Einigung der beiden sozialistischen Parteien führten. Die finanziellen Schwierigkeiten sollen die Verschmelzung erzwungen

haben. Erzwungen haben, obgleich „doch die Mehrheitssozialdemokratie an der Quelle sitzt und sich aus öffentlichen Geldern Blumen zum Agitationstranze winden kann.“ — Dieser Vorwurf ist nicht neu, er wird jetzt nur etwas vorächtiger wiederholt. Früher hieß es positiv, daß die Sozialdemokratie öffentliche Gelder für ihre Agitation verwandt hätte. Nachdem die Verleumder, von uns hart auf die Finger geklopft, ihre Behauptungen nicht beweisen konnten, kehrt diese Beschuldigung in indirekter Form wieder. Das gehört aber mit zur vornehmen deutschnationalen Kampfesweise. Im übrigen wollen wir feststellen, daß im Kampfe um die Einigung der sozialistischen Parteien Deutschnationalen und Kommunisten sich einmal wieder einig sind. Sie sind sich auch einander wert.

Frachtermäßigung für Kartoffeln und Obst. Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsbahn führt sofort Frachtermäßigungen für Kartoffeln, Obst und Teigwaren ein. Der Ausnahmetarif für frische Kartoffeln, der für Stückgut und Wagenladungen gilt, ermäßigt die Normalfracht um 20 Proz. der jetzigen Fracht. Die am 1. Oktober eintretende Gütertarifierhöhung findet auf frische Kartoffeln keine Anwendung. Für frisches Obst werden die Sätze des bereits bestehenden Ausnahmetarifs derart weiter ermäßigt, daß an Stelle der Frachtberechnung der Wagenklasse A die der Klasse C (bisher B) sowie für Stückgut eine Ermäßigung von 50 Proz. (bisher 40 Proz.) tritt. Auch für diesen neuen Ausnahmetarif bleiben die Septembertarife nach dem 1. Oktober bestehen. Für Teigwaren (Nudeln, Makaroni), köchfertige Suppen, Suppenwürfel, Fleischbrühwürfel und Suppenwürze in Wagenladungen tritt vom 1. Oktober ab ein Frachtnachlaß von 15 Proz. der normalen Oktoberfracht ein. — Die Reichsbahn hofft diese Vergünstigung bis zum 31. Dezember d. J. bestehen lassen zu können. Diese Maßnahme ist unter der Voraussetzung getroffen worden, daß die Ermäßigung den Verbrauchern zugute kommt. Sie soll also bei den Kleinhandelspreisen in die Erscheinung treten.

Ueber das Feststellungsverfahren für Oeffnungen in Grenzräumen erläßt das Polizeiamt eine Bekanntmachung auf die wir besonders verweisen.

Verbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages. Die am 25. April, 17. Juni und 22. Juli 1922 zwischen dem Verband Lübecker Kleinhandelsvereine und dem Konsumverein für Lübeck und Umgegend einerseits und dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, dem Zentralverband der Angestellten und dem Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine andererseits abgeschlossenen Nachträge zum allgemein verbindlichen Tarifvertrage vom 3. Mai 1921, sind durch Verfügung des Reichsamt für Arbeitsvermittlung für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. April 1922. Damit sind alle Arbeitgeber im Kleinhandel verpflichtet, ihren Angestellten die tariflich festgelegten Mindestgehälter zu bezahlen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Distriktsführer und Betriebsoblene! Die Distriktsführer und Betriebsvertrauensleute werden ersucht, die Preisfondsmarken im Parteisekretariat in Empfang zu nehmen. Das Sekretariat der sozialdemokratischen Partei.

Achtung, Jungsozialisten! Der für heute abend angelegte Vortrag muß der Förderer-Versammlung der Arbeiterjugend wegen verfallen werden. Er findet statt Dienstag, 10. Oktober. Am Dienstag, 3. Oktober, findet eine Mitgliederversammlung statt. Der Arbeitsausschuß.

Sansa-Theater. Heute, Dienstag, gelangt nochmals „Die Puppe“ und Mittwoch die unvermiltliche Operette „Die Bajadere“ zur Aufführung. Auf die am Sonnabend stattfindende Erstaufführung „Die beiden Nachtigallen“ Operette in 3 Akten, sei besonders hingewiesen.

Sinfonie-Konzerte. Das Abonnement der Sinfoniekonzerte und der Hauptproben ist bis jetzt gut. Dennoch sind wir gezwungen, die Liste für die Neu-Abonnements am Mittwoch, dem 27. September einschließlich endgültig zu schließen. Die fortlaufende rapide Steigerung der Inflation wird auch uns veranlassen, die Tagespreise um 50—100% zu erhöhen. Wer noch einen billigen Platz haben will, abonniere sofort.

Stadttheater. Mittwoch zum ersten Male in dieser Spielzeit: John Gabriel Borkmann, Regie: Jacob Ziegler, der auch die Titelrolle spielt.

Angrenzende Gebiete.

Frauenkonferenz in Oldesloe.

Achtung, Genossinnen!

Die diesjährige Frauenkonferenz für den 5. schleswig-holsteinischen Unterbezirk findet am Sonnabend, dem 30. September, und Sonntag, den 1. Oktober, in Oldesloe, im Jugendheim, Al. Salinenstraße 3, statt.

Tagessordnung: Sonnabend, den 30. September, mittags 1 Uhr: Eröffnung der Konferenz.

1. Der Stand unserer Organisation. (Genossin L. Schroeder.)
2. Praktische Aufgaben der Agitation und Organisation. (Genossin Wartenberg.) Aussprache.

3. Einführung in das Götlicher Programm. (Genossin L. Jensen.) Aussprache.

Nach Schluß der Sonnabend-Tagung findet ein gemütliches Zusammensein mit den Oldesloer Genossinnen statt.

Sonntag, den 1. Oktober, vormittags 9 Uhr:

1. Frauenrechte und Frauenpflichten in der Verfassung. (Gen. L. Schroeder.)

2. Die Frau in der Rechtspflege. (Genossin Dr. Ruffenwenz.) Aussprache.

3. Das Jugendwohlfahrtsgesetz. (Genossin L. Schroeder.)

4. Unsere Wohlfahrtspflege. (Genossin L. Jensen.) Aussprache.

Die Delegierten werden gebeten, am Sonnabend rechtzeitig in Oldesloe einzutreffen. Oldesloer Genossinnen mit Parteiabzeichen und schwarz-rot-goldenem Band werden am Bahnhof sein.

Eine besondere Versendung von Mandaten erfolgt nicht; es wird deshalb gebeten, die gegenwärtige Bekanntmachung auszusuchen und sich nach ihr zu richten. Im Hinblick auf die Bedeutung dieser Konferenz und die durch sie geleistete Aufklärungsarbeit ist es notwendig, daß alle Ortsvereine vertreten sind. Ebenfalls ist allen Genossinnen, welche nicht delegiert sind, aber es möglich machen können, auf ihre Kosten an der Konferenz teilzunehmen, dies sehr zu raten.

Wünsche betreffs Freiquartier sind, soweit noch nicht geschehen, umgehend zu richten an Genossen Bauers, Oldesloe, Al. Salinenstraße 3.

Der Bezirksvorstand. J. A.: Louise Schroeder.

Hamburg. Gegen die Kommunistenhege. Die Ortsauslässe Groß-Hamburgs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestellten- und des

Beamtenbundes, sowie die Betriebsrätezentrale Groß-Hamburg und die Betriebsrätezentrale für Schleswig-Holstein veröffentlichten im „Hamburger Echo“ unter der Überschrift „Vertrat und Verbrechen der Kommunistischen Partei“ einen sehr scharfen Aufruf gegen die Kommunisten, die wieder einmal die Zeit für gefommen glaubten, alles auf eine Karte setzen zu müssen, die diesmal „Käteregierung“ heiße. Es ist heute, heißt es in dem Aufruf, „unter den schwierigsten Lebensverhältnissen so spielend leicht, die Massen zu Verwirrungsaktionen aufzuwecken. Wer aber dazu die Not, den Hunger und die gerechte Empörung benützt, wer Deutschland in noch schlimmere Verhältnisse hineintreibt, nur aus parteipolitischen Gründen, nur auf das Gebot der politischen Oberstieher in Moskau, der begeht ein Verbrechen an deutschen Volk und ein Verbrechen nicht nur an der deutschen, sondern an der Arbeiterkraft der ganzen Welt.“ Der Aufruf fordert die Betriebs-, Arbeiter- und Angelegenheitsräte auf, jede Sonderaktion der kommunistischen Drahtzieher zurückzuweisen und durch ihr entschlossenes Auftreten zu zeigen, daß ihnen die Gewerkschaften höher stehen als ein wilder, von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilter kommunistischer Reichsbetriebsrätekongreß.

Kostock. Ein fürchterliches Schiedrama spielte sich in dem Hause Alexandrinenstraße 8 ab. Dort schoß der Facharzt für Hautkrankheiten Dr. med. Fischer auf seine Gattin und tötete sie dann selbst. Die sehr schwer verletzte Frau wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Bremen. Von einem farbigen Seemann erschossen. Beim Passieren der Fabrikstraße rief ein Neger zwei Männer im Vorbeigehen an, worauf sich der eine von diesen veranlaßt sah, auf die Gruppe der farbigen einzugehen. Ehe er noch ganz an sie herangekommen war, fiel ein Schuß, der den Betroffenen — einen 25jährigen Beamten — derart traf, daß er nach einigen Minuten verschied. Der mutmaßliche Täter wurde an Bord seines Schiffes festgenommen.

Odenburg. Bei der Stadtratswahl am Sonntag erhielten die Sozialdemokraten 6 Sitze, die Volkspartei 15, Demokraten 7, Deutschnationale 2, Zentrum 2, Kommunisten 2 und die Volkspartei im Stadtgebiet 2. Bei der letzten Stadtratswahl entfielen bei 24 Wähler 13 auf die Demokraten, 6 auf die Volkspartei, 4 auf die Sozialdemokratische Partei und 1 auf das Zentrum.

Lübecker Bürgerschaft.

6. Lübeck, 25. September.

Wortführer G. Ehlers. Beginn 6.20 Uhr.

Der Wortführer gibt den Eintritt des Herrn Vohl (D.) in die Bürgerschaft bekannt und verliest einige Eingaben. Zu den Beschlüssen des Eingabenausschusses erklärt Schulz (Soz.) im Auftrage dieser Körperschaft: Der Ausschuss habe sich eingehend mit der Eingabe der Erwerbslosen beschäftigt. Ihre Anträge konnten aber in der vorliegenden Form wegen der entgegenstehenden reichsgerichtlichen Bestimmungen nicht durchgeführt werden. Der Ausschuss sei aber einmütig der Ansicht, daß die jetzige Unterstützung von 28 Mk. für Personen über 21 Jahre und für jüngere von 10 Mk. pro Tag nicht entfernt zur Bekämpfung des nackten Lebensunterhalts reicht. Die Unterstützungslage stellen gegenüber der Vorjahreszeit heute einen Realwert von etwa 15 Pfennigen dar. Dieses bemerke deutlich, daß die Höhe viel zu niedrig sei. Allein schon die Entwertung des Geldes bedinge somit eine weit höhere Unterstützung. Da aber die Einzelstaaten die Unterstützungslage aus sich heraus nicht erhöhen könnten, so ermahne der Ausschuss, daß der Vertreter Lübecks in Berlin umgehend dahin wirke, daß die Höhe bedeutend erhöht würde. Der Ausschuss wünische ferner, daß die Erwerbslosen, ähnlich wie früher in anderen Städten, mit Naturalien unterstützt würden. Dieser Weg sei für die einzelnen Länder gangbar und Lübeck müsse ihn auch beschreiten. Der Staat habe die Pflicht ausreichend für die Arbeitslosen zu sorgen.

Es folgt die Wahl von neun bürgerrechtlichen Teilnehmern zur Prüfung, ob und in welcher Weise die hiesigen Wirtschaftsbetriebe der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie der Straßenbahn zu selbstständigen und weiteren Betrieben vom Staat zu übernehmen seien.

Die Gewerkekammer hat eine Eingabe an die Bürgerschaft gerichtet, in der sie ersucht, zu den Beratungen des gemeinsamen Ausschusses über die Umgestaltung der hiesigen Betriebe zugezogen zu werden. Die Gewerkekammer ersucht ferner, die Baugewerkschule beizubehalten.

Sodann wird die Wahl von je fünf Vermietungs- und Mietervereinigern, darunter je einen aus dem Stadtbereich Transmünde vorgenommen.

Es folgt der mündliche Bericht des Ausschusses über die ihm zur Prüfung übermittelten Anträge wegen Erteilung der Gewährung zur Strafverfolgung gegen mehrere Bürgerrechtlich-mitglieder. — Haut (Soz.) gibt den Bericht des Ausschusses zu dieser Frage. Feste Richtlinien seien auch in anderen Einzelstaaten nicht gegeben. Man müsse von Fall zu Fall entscheiden. Im Falle Dr. Haun handle es sich um eine kleine Minderheitsfrage. Der Ausschuss lehne es ab, deswegen die Immunität aufzuheben. Im Falle von Frau Greve handle es sich um Verurteilungen, die in der Bürgerschaft gefallen seien. Eine Befreiung sei dabei nicht ausgesprochen. Deshalb sei die Immunität nicht aufzuheben. Bei Hof und Koenigart, die eine beherrschende Stellung in der Bürgerschaft bezeugen haben, handle es sich um ein politisches Verbrechen. Die Mehrheit des Ausschusses beantragt auch hier, dem Antrag auf Aufhebung der Immunität nicht stattzugeben. — Ambrosius (Dem.) betont, die Demokraten könnten sich der Mehrheit des Ausschusses im letzten Falle nicht anschließen. Es handle sich um einen Gewerkschaftler, der große Empörung hervorgerufen habe. Wenn in solchen Fällen die Immunität nicht aufgehoben werde, dann fordere man die Willkür und Unterdrückung der Staatsgewalt. — G. Reimpell (D.) schlägt sich diesem Urteil an. — Heilborn (Komm.) wundert sich über die Haltung der Demokraten, die dadurch ihr besonderes Charakteristikum zeigten. Der größte Teil der Arbeiterchaft habe die Befreiung der Häften begehrt und wolle von einem Ehrenbürger Wismar nicht wissen. Die Aufhebung der Immunität würde großen Sturm im Gefolge haben. — Evers (D.) ist der Ansicht, es handle sich nicht um eine politische Tat, sondern um einen Dummheitsverbrechen. Die Immunität komme hier nicht in Betracht. — Der Wortführer weist den Ausdruck Dummheitsverbrechen gegen ein Bürgerrechtlich-mitglied angewandt zurück. — Haut (Soz.) weist darauf hin, daß der Ausschussbeschluss des Herrn Evers, Herr Dr. Gebhardt im Ausschussbeschluss gesondelter Art angeordnet ist. Wenn übrigens hier so ausdrücklich verhandelt werde, sei die Beratung im Ausschussbeschluss unmöglich. — Pape (Arb.) behauptet, weder die Deutschnationalen noch die Arbeiterschaft seien geküßt worden. Es handle sich um eine Sachbescheidung und deshalb sei der Antrag des Bürgervereins auf Strafverfolgung gerechtfertigt. — Der Bericht des Ausschusses wird genehmigt. Die ersten beiden Fälle gegen Haut Stimmen, im Falle Hof und Koenigart gegen alle bürgerlichen Stimmen.

1. Antrag: Nachbewilligung für die Beibehaltung weiterer Einwohnern für die Bürgerrechte in der Stadtbücherei. — Dr. Pape (Soz.) kommt auf die Immunität in der Stadtbücherei zu sprechen. Durch die Beibehaltung der Bürgerrechte in großer Not und somit auch die Landesbücherei. Durch den Verfall der Friedensordnung müsse Deutschland auch die persönliche Freiheit in Lagen wieder erlangen. Auch Lübeck habe Beiträge geleistet. Die hiesige Bücherei habe aus norddeutschen Ländern keine Zusammenkünfte erhalten; dieses Beispiel sollten sich auch die Beibehalter in Lübeck zum Vorbild nehmen. Der Redner tritt des weitesten für einen planmäßigen Bürgerrechtsaufbau bei den Behörden ein. — Der Senatsantrag wird angenommen.

2. Antrag: Nachbewilligung für bürgerliche Beibehaltungen in der St. Gertrudskirche. — Wird angenommen.

3. Antrag: Aufhebung des Rüdiger Marktplatzes. — Wird angenommen.

4. Antrag: Unterhaltung der Bürgerrechte und Rabbinerfrage. — Gebie (D.) bringt Wünsche auf Verbesserung verschiedener Verkehrswege vor. — Hof (Komm.) empfiehlt in dem Beschlusse die Aufhebung von Wegen für Motorwagen. — Steinberg (Soz.) fordert ähnliche Wünsche vor. Die Rabbinerfrage behandle auch vielfach die Zukunftsfrage. Das hätte nicht sein. — Der Senatsantrag wird angenommen.

5. Antrag: Seelische Beibehaltungen im Riederheim II. — Frau Greve (Komm.) sagt, sie habe im Riederheim Kinder mit schwerer Krankheit ankommen. Um eine Krankenpflegeeinrichtung zu verhindern, solle man für diese Kinder einen besonderen Raum schaffen. Besser wäre ihre Unterbringung im

Krankenhaus. — Senator Hoff: Es wird sich nie ganz vermeiden lassen, daß das eine oder andere Kind krank ankommt. Die Kinder werden ständig ärztlich untersucht. Der Arzt trägt die Verantwortung. Die Errichtung eines Isolerraumes ist unmöglich. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag Heilborn: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Behörden anzuweisen, in Zukunft Befehlsbefugnisse allgemeiner Natur ebenso wie in allen Lübecker Zeitungen so auch in der Zeitung „Volkswacht“, Organ der kommunistischen Partei Deutschlands für Mecklenburg und Pommern, zu veröffentlichen. — Der Antrag wird abgelehnt.

Zum Antrag Brod und Gen. beir. Erhöhung der Vergütung der im Vorbereitungsdienst beschäftigten Referendare beantragt Evers (D.) die Summe auf 3000 Mk. zu erhöhen. Der Redner stellt ferner den Antrag, die Gerichtskosten für die Referendare bei diesen Sähen könnten die Rechtsanwälte weder ihre Angehörigen entsprechend besolden, noch selbst standesgemäß leben. Ein Notgeld müsse sofort erlassen werden. — Senator Dr. Bermehe ren: Eine Vorlage ist seit langer Zeit ausgearbeitet, deren rasche Erledigung wird gefordert. Auch eine Vorlage zur Regelung der Befolgung für Referendare wird baldigst erledigt. — Rasenquitt (Arb.) ersucht die Sozialdemokraten, für die Aufrechterhaltung der Baugewerkschule einzutreten. — Der Antrag wird angenommen.

6. Antrag: Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses bezüglich der Amtsblattfrage. — Brehmer (Soz.) polemisiert gegen die Ausführungen des Rechtsanwalts Evers, die Tatsachen vermissen lassen, und zieht eine Zeitungsnote an, nach der deutschpolenparteiliche Bürgerrechtlich-mitglieder in ihrer Versammlung behaupteten, die Sozialdemokratie habe einen Verfallungsbruch begangen. Ein solcher liege keineswegs vor, es sei denn, man lese die Reichsverfassung außer Kraft. Durch solche Äußerungen würde die Jugend jener Kreise irreführt. Es handle sich in diesem Falle um eine demagogische Heke. Mit Genehmigung sei die Forderung der Senatsaufhebung in verfassungsmäßiger Beziehung festzustellen. Es sei zu begrüßen, daß der Senat die Auslegung des Art. 61 der Verfassung nicht berührt habe und zu der Ansicht neige, daß der sozialdemokratische Standpunkt der richtige sei. Der Senat werden den Ausschuss gewiß nicht einberufen, um über Verfassungsfragen zu diskutieren, sondern um die Frage des Amtsblattes zu klären. Wir glauben, daß man in diesem Ausschuss zu einem praktischen Ergebnis kommen wird. Deshalb stimme seine Fraktion für den Senatsantrag. — Evers (D.) sagt, die ihm zugehörigen Schandtatzen seien nicht zutreffend. Der Verfallungsbruch, um den es sich handle, könne er in diesem großen Kreis nicht erörtern. Der Senat sei umgefallen, er habe jetzt eine Lösung, die nicht verfassungsmäßig sei. Der Konfliktfall müsse auf verfassungsmäßigem Wege erledigt werden. Seine Fraktion könne dem heutigen Antrag nicht zustimmen. — Senator Dr. Bermehe ren: Der Senat ist bei dem Antrag von dem Grundgedanken ausgegangen, einen Konflikt zu vermeiden und wünscht einen friedlichen Ausweg. Der Senat handle trotzdem verfassungsmäßig. Die Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses sei jederzeit möglich. Man habe früher an diesen Ausweg nur nicht gedacht. — Hof (Komm.) ist mit dem Antrag nicht einverstanden. Redner glaubt, daß die sozialdemokratische Fraktion umfallen werde. Der Senat wolle eben den Volksboten nicht zum Amtsblatt werden lassen. Die Sozialdemokratie sollte an ihrem Standpunkt festhalten. — Brehmer (Soz.): Wir geben von unserer Sache nichts auf, halten es aber für richtig, die Sache in einem kleinen Ausschuss zu beraten. Die Auffassung des Herrn Evers, es handle sich um einen Verfallungsbruch, ist unrichtig. Reichsrecht bricht Landesrecht. Bei Konflikten ist nicht immer der Volkswille das Richtige. Auf das Glattste des Art. 61 unserer Verfassung können wir uns nicht beziehen. — Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

7. Antrag: Rückführung und wiederholter Antrag des Senats auf Erlass eines neuen Gesetzes über die Förderung der Ziegelfabrik. — Wird angenommen.

8. Antrag: Gehaltsfragen der Kaupolizei. — Dinter (Arb.) wünscht raschen Entschluß bei eingereichten Bangehuchen. — Senator Mehrlein: Die Gehalts der Bezugsgruppen liegt an den Verhandlungen; in den meisten Fällen wird aber durch Dispens eine rasche Erledigung der Gehalts herbeigeführt. Die Senatsanträge sind angenommen. Ebenso ein diesbezüglicher Antrag von Dinter.

9. Antrag: Nachbewilligung für Begegnungen Rüdiger Marktplatz. — Wird angenommen.

10. Antrag: Errichtung einer Trinkwasserleitung auf dem Rüdiger Markt. — Richter (Soz.) fordert sofortige Verbesserung der Trinkwasserleitung in Rüdiger Markt. Obwohl die Bürgerschaft schon zwei Entwürfe gestellt habe, sei nichts gemacht worden. — Senator Dr. Evers betont die Bedeutung der Leitung und die Bewilligung habe Konsequenzen. Die Anwohner hätten die Verantwortung übernommen, selbst für Trinkwasser zu sorgen. — Der Senatsantrag wird angenommen. Ebenso das Ersuchen von Richter.

11. Antrag: Regulierung des Weges Simeons-Dänischburg. — Wird angenommen.

12. Antrag: Verkauf eines Kaufhauses in Rüdiger an den Bürgerverein. — Wird auf Antrag Brehmer (Soz.) dem Ausschuss für Bau- und Wohnungsfragen übergeben.

13. Antrag: Gewährung eines weiteren Darlehens an die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft e. G. m. b. H. — Wird angenommen.

14. Antrag: Verkauf von Gelände aus dem Hofe Simeons-Dänischburg. — Wird angenommen.

15. Antrag: Ausbau der ehemaligen Reitbahn für Straßenbahn. — Klann (K.) fordert bei den Beratungen mit dem Betriebsrat die Hinzuziehung von Betriebsräten. — Senator Dr. Bermehe ren: Die Ausschüsse der Bürgerschaft bestehen aus der Befugnis nur aus Mitgliedern der Bürgerschaft. Sie können event. andere in Betracht kommende Personenkreise zur Beratung hinzuziehen. — Ziefenitz (Arb.) bemängelt die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise. Dadurch beste man die Bahn immer mehr ab. Die Betriebskommission müsse viel mehr angeregt werden. Die Eisenbahnen und Rüdiger würden jetzt

wieder die Eisenbahn benutzen. Die Bürgerschaft hätte sich das Recht der Preisfestsetzung nicht begeben sollen. Insbesondere würden die Stiefel durch den hohen Preis benachteiligt. Redner beantragt Ausschussberatung. — Dreger (Soz.): Eine Ausschussberatung hätte finanziellen Nachteil für den Staat. Wenn die Wirtschaftlichkeit es bedinge, müsse eine Konzentration erfolgen. Der Verkehrsausschuss könne die Beschwerden prüfen. Gegenüber Klann habe er zu erwidern, daß wir im Parlament nicht über das Betriebsrätegesetz hinausgehen können. Die Gerichte über Einstellung des Straßenbahnverkehrs seien unbillig. — Klann (Dem.) hält den Ausbau für eine finanzielle Notwendigkeit. Die Fahrpreise seien im Vergleich zu den Friedenspreisen wirklich nicht zu hoch. (Widerpruch Senks.) Fragen Sie doch in Ihren Kreisen nach, wo ein mehrhundertfacher Preis für die landwirtschaftlichen Produkte gefordert wird. Es ist nicht notwendig, daß der Staat für jeden Fahrgast zubezahlt. Der Vergleich mit der Eisenbahn ist nicht stichhaltig. Vergessen Sie nicht, daß die Eisenbahn Milliardendefizite aufweist, weil sie zu billig befördert. — Senator Straß unterbrecht das von dem beiden Vorrednern Gesagte. Objektiv sei absolut keine Überbewertung wahrzunehmen. Im Oktober würden die Eisenbahnen noch viel teurer. — Klann (Komm.) behauptet, die Straßenbahnen seien mit der Tarifserhöhung nicht einverstanden. Die Bürgerschaft könne nach dem Betriebsrätegesetz sehr wohl Richtlinien über Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften erlassen. — Ziefenitz (Arb.) fordert Erleichterung für die eingemeindeten Gebiete, deren Bewohner von den hohen Fahrpreisen zu schwer betroffen würden. Der Redner zieht seinen Antrag auf Ausschussberatung zurück, da er doch zwecklos sei. — Dreger (Soz.): Die Preisfestsetzung geschieht gar nicht durch den Verkehrsausschuss, sondern durch Senat, Finanz- und Betriebsbehörde. Daß die Arbeiter gehört werden, ist so selbstverständlich, daß man darüber gar nicht zu reden braucht. Bei Entlassungen ist der Betriebsrat gehört worden. Der Betriebsrat wird schon von sich aus die ihm notwendig erscheinenden Richtlinien festsetzen. Die Erhöhung der Fahrpreise wird gewiß auch von uns bedauert. Es geschieht selbstverständlich alles, um die Rechte des Betriebsrates zu wahren. — Boie (Dem.) widerspricht den Vergleichen der Eisenbahn- und Straßenbahnfahrpreise. — Steinberg (Soz.) betont, daß der Verkehrsausschuss alle Fragen ausführlich beraten habe. Wenn die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, legt der Staat eben Geld zu. Die Betriebe müßten sich aus sich selbst erhalten. Zu reden ist darüber, ob der Staat bei der Straßenbahn Geld zu legen soll. Die Löhne der Arbeiter sind allerdings nicht im Vergleich der Warenpreise gestiegen. Jeder einzelne ist gezwungen, sich einzufügen. Alle Defizite der städtischen Betriebe könnten wir nicht auf uns nehmen. Der Redner polemisiert dann gegen die kommunistische Auffassung über die Rechte der Betriebsräte. Die kommunistischen Zeitungsbetriebe handelten bei den Entlassungen noch lange nicht nach den heute von ihnen vorgebrachten Wünschen. — Nidel (Komm.) bemerkt, daß die Angehörigen und Beamten eine ebenso große Lohnerhöhung erhalten hätten, wie die Fahrpreiserhöhung betrage. Der Betriebsrat müsse überall hinzugezogen werden. Der Arbeiterchaft sei es seit der Revolution nicht besser ergangen.

Dietrich (Arb.) rechnet Arbeiterlöhne vor, nach denen die Arbeiter sehr gut die Fahrpreise bezahlen könnten. — Haut (Soz.) polemisiert gegen die Ausführungen Nidels, dessen Getriebeverfassung sich wohl seit 1918 nicht geändert habe, sonst müßten ihm doch die Veränderungen aufgefallen sein. Wenn nicht alle Forderungen der Arbeiter restlos erfüllt werden könnten, dann liege das gerade an dem Verhalten der Leute um Nidel. Hätten diese die Interessen der Arbeiter besser wahrgenommen, würde es den Arbeitern heute besser ergehen. Die Zeiten sind gewiß nicht rosig. Es ist zwar leicht, nach kommunistischer Art zu räkeln, wenn man keine Verantwortung trägt. Aber wenn wir einen Antrag einbringen, auf Grund dessen wir vom Besitz der nötigen Mittel einziehen wollen, dann lehnen die Kommunisten diesen Antrag ab. So ist es bei der Gewerbesteuer gewesen, die die hohen Summen besonders treffen sollte. Die Kommunisten geben aber nicht an, woher die Mittel kommen sollen. Was die Kommunisten bisher in der Bürgerschaft geleistet haben, war nichts als Quengelen, aber keine praktische Arbeit. Dadurch kommen wir nicht weiter und deshalb lehnen wir eine derartige Taktik und Politik ab. (Beifall b. d. Soz.) — Auf Antrag Neufeld (Dem.) wird die Debatte geschlossen. Der Senatsantrag wird angenommen. Die Anträge der Kommunisten werden abgelehnt.

16. Antrag: Weitere Erhöhung der Kostgeldtarife der Heilanstalten. — Reischerger (Soz.) stimmt den Anträgen über die Erhöhung der Kostgeldsätze zu, beantragt aber Überweisung der Materie an den Ausschuss für Gesundheits- und Wohlfahrtsfragen, um zu prüfen, ob nicht doch noch Erleichterungen für Minderbemittelte geschaffen werden können. — Senator Straß hält diesen Vorschlag für praktisch. — Neufeld (Dem.) ist der Ansicht, es sei Sache des Senats, die Gebührensätze festzulegen. — Frau Greve (Komm.) wendet sich gegen die Erhöhung der Kostgeldsätze. — Senator Straß: Die Zubehöre des Staates beträgt bei diesen Kostgeldsätzen immer noch 20 Millionen Mark. — Reischerger (Soz.): Eine genauere Prüfung kann am besten der Ausschuss vornehmen. — A. Löwigt (Soz.): Auch wir haben schwere Bedenken gegen die Erhöhung, aber wir wissen kaum, wie die Kosten aufgebracht werden sollen. Frau Greve hat unterlassen, die Mittel anzugeben, woher das Geld genommen werden soll. Der Ausschuss muß nach Möglichkeit versuchen, für die Minderbemittelten Erleichterungen zu schaffen. Patienten in der 1. und 2. Klasse sind kaum noch vorhanden. — Nidel (Komm.) wünscht Erweiterung der Besuchszeit. Er beantragt täglich 1 Stunde. — Haut (Soz.) erhebt Bedenken gegen die vom Baurat Neufeld geforderte selbständige Festlegung von Sätzen durch den Senat. Eine derartige Maßnahme lasse seine Fraktion nicht zu. — Der Senatsantrag wird angenommen.

17. Antrag: Nachbewilligung von Mitteln für den Besuch der Münchener Gewerbeausstellung. — Wird angenommen.

18. Antrag: Gebührenerhöhung des Wohnungsamtes. — Wolfradt (Soz.) berichtet über die Beratungen des Ausschusses. Um die wirklich Wohnungsuchenden zu schützen, habe der Ausschuss einige Änderungen vorgenommen. — Dietrich (Arb.) stimmt der Vorlage zu und läßt sich über die Wohnungsnot aus. Er ist der Ansicht, daß nur die freie Wohnungswirtschaft endgültige Abhilfe schaffe. Der Redner stellt den Antrag, der Senat möge beim Reich vorstellig werden, damit ein allmählicher Abbau der Wohnungszwangswirtschaft stattfindet. — Der Senatsantrag wird angenommen.

19. Antrag: Erhöhung der Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Personals der Lübecker Straßenbahn. — Wird angenommen.

20. Antrag: Nachbewilligung von Mk. 9 628 000 für die Betriebsbehörde. — Dr. Gebhardt (D.) fordert Nachprüfung durch den Haushalts-Ausschuss. Das wird abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.

21. Antrag: Versorgung des Grundwasserwerks mit elektrischem Kraftstrom. — Brehmer (Soz.) stellt folgendes Ersuchen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Stiedlung Gärtnergasse, Weberkoppel, die Gärtnerei am Fahrenkampsweg und an der Weinbergstraße, sowie den Fischerbuden an das elektrische Kabel anzuschließen. Der Senatsantrag und das Ersuchen Brehmers werden angenommen.

22. Antrag: Anschaffung eines Flügels für die Erntestruempflanzung. — Hof (Komm.) fragt, ob auch allen andern Schulen Beschaffung von Flügeln ständen. Wenn dies nicht der Fall sei, müsse er den Antrag ablehnen. — Senator Dr. Bermehe ren: Zur musikalischen Ausbildung der Mädchen, die event. Lehrerinnen werden, ist der Ankauf notwendig. Zudem ist der Preis sehr niedrig. — Hof (Komm.): Auch für Volksschülerinnen wäre eine musikalische Vorbildung gut. Der Antrag wird angenommen. — Antrag 22 wird abgelehnt. — Schluß 10 1/2 Uhr.